Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

28.10.1919 (No. 252)

Visual Library

№ 252 Dienstag, den 28. Oktober 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 952, 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 ℳ 15 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 ℳ 90 ₰ — Einzelnummer 15 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Selbstversorgung mit Fleisch aus Hausschlachtungen.

** Die Selbstversorgung mit Fleisch aus Hausschlachtungen bleibt auch weiterhin zugelassen. Anträge auf Genehmigung von Hausschlachtungen sind beim zuständigen Kommunalverband zu stellen. Die Genehmigung kann unter den bisher schon maßgebend gewesenen Voraussetzungen erteilt werden. Dabei ist zu beachten, daß nach den bestehenden Vorschriften der Selbstversorger die zur Hausschlachtung bestimmten Tiere mindestens drei Monate in seiner eigenen Wirtschaft gehalten haben muß. Zur Hausschlachtung bestimmte Schweine müssen drei Monate vor der Schlachtung beim Kommunalverband angemeldet werden. Als zulässige Verbrauchsmenge gelangen 500 Gramm Schlachtviehfleisch für Kopf und Woche zur Anrechnung. Die Abgabe von Speck oder Fett aus Hausschlachtungen von Schweinen wird nicht mehr verlangt.

Die Genehmigung zur Hausschlachtung kann versagt werden, wenn der Antragsteller seine Verpflichtung zur Ablieferung von Lebensmitteln und Schlachtvieh nicht erfüllt hat.

Die Löschung von Disziplinarstrafen.

** Mit Entschließung des Staatsministeriums vom 30. September d. J. sind die Bestimmungen über die Löschung von Disziplinarstrafen zugunsten der Beamten erweitert worden. Insbesondere ist die Bewährungsfrist festgesetzt worden bei Verweisen und bei Geldstrafen bis zu 5 M. auf ein Jahr, bei Strafen von mehr als 5 M. bis zu 30 M. auf fünf Jahre und bei sonstigen Disziplinarstrafen auf zehn Jahre. Alle Aktenstücke, die sich auf eine Strafe, Verwarnung und dergl. beziehen, werden vernichtet, sobald die betreffende Strafe, Verwarnung usw. als gelöscht gilt. Disziplinarakten werden in Zukunft von den eigentlichen Personalakten (Dienstakten) getrennt geführt. b.

* Kampf dem Schiebertum bis aufs Messer.

Das alte System hat uns eine Erbschaft von so furchtbarer Schwere und von so furchtbarem Ausmaß hinterlassen, daß wir diese Furchtbarkeit in ihrem vollen Umfange erst nach und nach zu erkennen vermögen. Es ist nicht nur der militärische und politische Zusammenbruch, den wir zu beklagen haben; es ist nicht blos der Trümmerhaufen an politischer Macht, politischem Ansehen, wirtschaftlicher Geltung und finanziellem Einfluß, den wir heute mit keuchender Brust und schier verzweiflungsvoller Anspannung aller Kräfte abtragen müssen. Fast noch schlimmer ist der moralische Schaden, den das alte System in unserem Volke angerichtet hat. Mit einer sozusagen wissenschaftlichen Geste hat man diese moralische Schädigung „Kriegspsychose" zu nennen beliebt. Der Ausdruck ist ungenügend und wenig schlagkräftig. Sprechen wir nur ruhig von einer moralischen Versumpfung und Verseuchung!

Diese moralische Versumpfung äußert sich naturgemäß vor allem nach innen hin. Sie ist der Krebskrankheit vergleichbar, die nach innen in den Körper hineinwuchert, die Gewebe zerstört und das Leben des Gesamtorganismus mit dem Untergang bedroht. Auf keinem Gebiete aber hat sich diese Krankheit des moralischen Empfindens deutlicher und gleichzeitig scheußlicher offenbaren dürfen, als auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens. Wir sind gewiß keine alten Tanten, die über jeden Fehltritt, über jedes Vergehen, über jeden Exzeß und über einen jeden Mißstand ein klagendes Lamento erheben und mit diesen Einzelerscheinungen die völlige Verderbnis unserer Zeit beweisen wollen. Daß es in einer Epoche, wie der jetzigen, nicht ohne Erschütterungen, nicht ohne Auswüchse und Verirrungen ausgehen kann, ist ganz selbstverständlich. Aber daß es zu einer derartigen Verwüstung der moralischen Begriffe, zu einer derartigen Entfesselung egoistischer, unsozialer Instinkte kommen mußte, das war keineswegs selbstverständlich. Das erklärt sich nur aus der geschichtlichen Entwicklung selbst, das heißt aus den Sünden, Fehlern und Versäumnissen eines nunmehr der Geschichte angehörenden Systems.

Für die Regierung und die Regierungsparteien und für alle die, die treu und redlich an der Wiederaufrichtung unseres Volkes mitarbeiten wollen, bedeutet diese Erbschaft eine Last von unermeßlicher Schwere. Für uns Menschen von heute gilt nicht das Wort des Dichters: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen"; sondern es gilt das Wort: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, tu es hinweg und wirf es fort, so rasch wie möglich, wenn Du überhaupt existieren willst."

Regierung und Regierungsparteien befinden sich in einer Lage, die wahrlich so verantwortungsvoll und so reich an Schwierigkeiten und Gefahren ist, daß ein jeder deutsche Volksgenosse sich bewogen fühlen sollte, mitzuarbeiten und mitzuhelfen, mit dem Wort und noch besser mit der Tat. Alle Probleme aber, mit denen wir zu kämpfen haben, lassen sich zurückführen auf das eine Grundproblem, das heißt auf die Frage: Wird es gelingen, unserem Volke in allen seinen Schichten wieder Pflichttreue und Arbeitsfreudigkeit, staatspolitisches und soziales Gefühl einzuflößen? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt alles andere ab: unsere Geltung in der Welt, unser Verhältnis zu den übrigen Mächten, die Erfüllung des Friedensvertrages und seine Revision, die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, die Gesundung unserer Wirtschaft, die Erstarkung unserer Finanzkraft. Das Glück eines jeden Bürgers ist mit dieser Frage auf das engste verknüpft.

Und was sehen wir nun, wenn wir die heutigen Zustände in ihrer wahren Gestalt betrachten?! Wir sehen das deutsche Volk geteilt in drei Heerlager. Der eine Haufen bemüht sich mit übermenschlicher Kraft und Geduld, unser Volk zu erretten und ihm eine neue Zukunft zu sichern. Der zweite Haufen — er ist wohl der zahlenmäßig größte — sitzt träge da und läßt sich in seinem Denken und Empfinden beeinflussen, bald von rechts, bald von links, läßt sich hin und herzerren und illustriert so recht das Wort von dem schwankenden Rohr im Winde. Der dritte Haufen aber, der ist der Träger jener Krebskrankheit; der ist der Verbreiter der moralischen Verseuchung; es ist der Haufen der Schieber und Wucherer, der Profitjäger, der Tagediebe und Faulenzer, der Volksbetrüger und der Volksverdummer.

Seien wir uns aber klar darüber: dieser dritte Haufen ist es, dem es heute noch am besten geht. Auf der einen Seite haben wir das arbeitende, Werte erzeugende, seine Pflichten gegen sich und den Staat erfüllende, anständig denkende Volk. Aber dieses Volk muß um seine Existenz ringen mit einer Aufopferung und mit einer Zähigkeit, wie sie selten in der Geschichte erlebt wurde. Auf der anderen Seite aber haben wir das Schiebertum, die Gesellschaft der habgierigen und schmutzigen Elemente, die Gemeinschaft der Faulen und Herzlosen, der Egoisten und Geldverprasser, der Wucherer, Halsabschneider und Hemdauszieher. Diesen Leuten geht es freilich gut. Viel zu arbeiten brauchen sie nicht. Sie leben von der Dummheit ihrer Mitmenschen und von der ganzen, trostlos zerfahrenen Lage unseres Volkes. Sie ernten da, wo sie nicht gesät haben, sie mästen sich von den Gütern, die den anderen, kärglich dahinlebenden Schichten durch Wucherpreise entzogen wurden. Sie sind die Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes, die Leichenfledderer und Marodeure. Ihnen geht es gut; sie kennen keine Sorgen, keine Entbehrungen. Die neuen Steuergesetze werden sie nicht schrecken. Denn sie werden es schon verstehen, die Sache so zu schieben, daß sie mit einem geringen Opfer davonkommen. Und für diese Schicht arbeiten die anderen. Arbeiten in ihrer treuherzigen Dummheit, in ihrer Einfalt, die die Zusammenhänge nicht erkennt.

Wir rufen unser Volk auf zum Kampfe gegen diese unerträglichen Zustände. Nieder mit dem Schiebertum! Nieder mit diesen Hallunken, die an dem Lebensmittelelend schuld sind, die, um sich selbst zu bereichern, rücksichtslos die große Masse des Volkes hungern lassen, die dem Markte die Vorräte entziehen, um sie zu schwindelnden Wucherpreisen loszuwerden, loszuwerden wieder an die, die selber reich genug sind, um solche Preise bezahlen zu können. Wir rufen die Reichsregierung auf, das Letzte zu tun, um endlich der Volksseuche Herr zu werden. Konfiskation des Vermögens, Zwangsarbeit, Zuchthaus und Todesstrafe: das werden die Mittel sein, mit denen wir dem Schiebertum erfolgreich zu Leibe gehen können. Wo ist der Reichsjustizminister, der mit einem entsprechenden Gesetzesparagraphen vor die Nationalversammlung tritt, sich ihn noch am selben Tage bewilligen läßt und noch an eben demselben Tage ihn in die Tat umsetzt?! Wo aber bleibt die Selbsthilfe unseres Volkes?! Wo sind die Entschlossenen und die Tapferen, diejenigen, die um des Vaterlandes Willen schroff und rücksichtslos genug sind, um dem Schiebertum den Hals umzudrehen.

Mit Genugtuung verzeichnen wir es, daß die Reichsregierung und die Landesregierungen mit rastloser Energie daran gehen, die moralische Versumpfung zu bekämpfen und das Schiebertum einzudämmen. Vieles ist geschehen, was wir mit Dank und Beifall begrüßen dürfen. Aber noch ist lange nicht genug geschehen! Nur eine Reform der einschlägigen, strafgesetzlichen Bestimmungen wird die richtige Unterlage für einen wirklich erfolgreichen Kampf abgeben können. Englische Zeitungen liegen vor uns auf dem Tisch. Die Preise, die man in London zahlt, sind von einer Niedrigkeit, die selbst wir nicht für möglich gehalten hätten. Die Margarine kostet dort 1 Mark das Pfund, das sind nach der Valutaumrechnung 4 bis 5 Mark in deutschem Gelde. Rechnen wir zu diesen 5 Mark Transport- und Umschlagskosten und einen guten Händlergewinn, dann kommen vielleicht 8 oder 9 Mark heraus. Zahlen muß unser Volk 15 Mark für das Pfund Margarine. Wir brauchen niemanden zu fragen, wo die Hallunken sitzen, die den Wuchergewinn einstecken! So liegen die Verhältnisse. Es ist Zeit, daß unser Volk erwacht und aus sich heraus mit Hilfe der Reichsregierung die Schritte tut, die getan werden müssen, wenn wir weiterleben wolln.

C. Amend, Hauptschriftleiter.

Teuerungsbeihilfen.

Von Minister Hermann Dietrich.

Mit der wichtigen Frage der Teuerungsbeihilfen befaßte sich kürzlich Minister Hermann Dietrich in der „Badischen Landeszeitung". „Die ganze Frage muß", so schreibt er u. a., „grundsätzlich vom Standpunkt der Gesamtvolkswirtschaft aus gesehen werden. Geschieht das, so finden wir, daß wir zurzeit noch eine Zwangswirtschaft haben, welche bezweckt, die Preise der vorhandenen Warenvorräte durch Gesetze oder Verordnungen festzulegen und sodann die vorhandenen Mengen angemessen auf die Verbraucher zu verteilen. In dieses Kapitel gehört der Vorgang, daß das Reich wiederholt und erst neuerdings wieder Milliardenbeträge aufgewendet hat, um die Lebensmittelpreise abzusenken. Hierhin gehört in gewissem Sinne auch das Reichsnotopfer. Naturgemäß hat es in erster Reihe zum Ziel, die Reichsschulden abzutragen, sodann die moralische Begriffsverwirrung, die durch die Kriegsgewinne entstanden ist, zu bekämpfen. Daneben aber, und nicht zuletzt, wird das Reichsnotopfer die Wirkung haben, daß eine Unsumme flüssigen Kapitals dem Verkehr entzogen und so die Geldmenge, welche zum Ankauf von Waren zur Verfügung

steht, verringert wird; mit andren Worten: das Reichsnotopfer wird die Wirkung haben, daß die Preise zurückgehen und daß die Kaufkraft des Geldes steigt. Solange das Reich diese Politik macht, die Lebensmittelpreise abzusenken, die Kaufkraft des Geldes zu heben, ist es verfehlt, diese Politik gleichzeitig dadurch zu durchkreuzen, daß man Gehälter und Löhne steigert. Denn während wir mit jenen Maßnahmen auf eine Absenkung der Kosten der Lebensmittelhaltung hinsteuern, heben wir die Wirkung dieser Maßnahmen gleichzeitig zu einem erheblichen Teile durch die Gehälter- und Lohnerhöhungen auf, da diese schließlich nicht auf den Staat beschränkt bleiben, sondern auf die Löhne und Gehälter der Industrie, ferner auf die Warenpreise, auf die Kosten des Verkehrs (Tarife) usw. einwirken. Diese Gründe sprechen zurzeit für eine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der badischen Beamten und Arbeiter.

Wir wissen aber zurzeit nicht, ob jene Politik auf die Dauer überhaupt durchführbar ist, ob es mit andern Worten gelingen wird, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten und die Preise abzubauen. Es besteht eine starke Gefährdung insofern, als wir in Bälde einen erheblichen Handel mit dem Auslande wieder aufnehmen müssen; dann aber tritt die Wahrscheinlichkeit ein, daß die Zwangswirtschaft durch die Wiederaufnahme des Auslandshandels noch stärker als bisher erschüttert wird, daß es ihr nicht gelingt, zu verhindern, daß die Inlandspreise den Auslandspreisen — unter Berücksichtigung der Valuta — sich anpassen. Geben aber die Preise der Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände in Deutschland auf die Höhe der heutigen Weltmarktpreise annähernd hinauf, kostet also künftig das Getreide in Deutschland etwa ebensoviel, wie wenn wir es am Welmarkt kaufen, und gilt das gleiche von allen andren wichtigeren Dingen, dann allerdings ist es Zeit, die Gehalts- und Lohnpolitik zu ändern. Dann aber kann nicht mehr mit Teuerungsbeihilfen geholfen werden, sondern Gehälter und Löhne müssen verdoppelt, unter Umständen verdreifacht werden. Gewonnen hätte bei diesem Verfahren das Deutsche Reich, denn seine 180 Milliarden Schulden sind nachher spielend abzutragen, weil ihr wirklicher Wert auf die Hälfte oder ein Drittel heruntergeht. Das werden alle diejenigen merken, die Forderungen an das Deutsche Reich haben, und ein Mann, der bisher mit 15 000 oder 20 000 Mark Zinsen aus Reichsanleihen gelebt hat, wird infolge der sinkenden Kaufkraft des Geldes mit dem Ertrag seiner Anleihen künftig nur noch die Hälfte oder ein Drittel dessen kaufen können, was er jetzt noch kauft. Er wird also auf das Niveau eines Tagelöhners heruntersinken. Das Deutsche Reich hat seine Gläubiger expropriiert, ohne daß es die Inlandspreise unter Berücksichtigung der Valuta auf die Auslandspreise eingestellt hat.

Welchen der beiden Wege sollen wir gehen? Und welcher der beiden Wege ist überhaupt gangbar? Der erstere ist es dann, wenn die Staatsgewalt stark genug ist, sich durchzusetzen; der zweite wird dann automatisch eingeschlagen werden, wenn die Staatsgewalt nicht in Bälde mächtig erstarkt. Wird der letztere betreten, so sind alle kleinen Kapitalbesitzer erledigt, alle Festbesoldeten aber müssen sofort in ihren Bezügen in einer noch nicht dagewesenen Weise aufgebessert werden.

Vielleicht überlegen sich an Hand dieser Ausführungen diejenigen, die eine Politik im einzelnen Falle machen, denen es also an einem Überblick über die Gesamtentwicklung der Verhältnisse in Deutschland fehlt, welche Folgen es hat, wenn eine Regierung wie die deutsche Reichsregierung in dem Dilemma lebt, daß sie heute noch nicht weiß, nach welcher von den beiden Richtungen sie steuern will. Sie werden dann auch richtiger urteilen über die jeweiligen Vorgänge, die sie betreffen, auch wenn sie ihnen nicht angenehm sind."

Deutsche Nationalversammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand die Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts des **Reichswirtschaftsministeriums.**

Abg. Dr. **Böhmert** (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Minister **Schmidt**: Es sind in unserem Wirtschaftsleben **Ansätze zur Besserung** vorhanden. In der Ernährungsfrage haben wir von Beschränkungen Abstand nehmen können. Das Brot ist besser geworden. Die Landwirte können mehr Getreide zurückbehalten. Eine Vermehrung der Schweinezucht würde unsere mäßige Kartoffelernte gefährden. Auf dem Gebiete der **Viehablieferung** habe ich Bedenken gegen die scharfen Maßnahmen. Wir werden versuchen müssen, in ausländischem Fleisch Ersatz zu finden. Die Hemmungen in der **Kartoffelbelieferung** liegen neben der schlechten Ernte in den Transportverhältnissen. Holland und Polen werden uns Kartoffeln liefern. Es müssen **Kohlen** für die Margarinefabrikation bereit gestellt werden, so daß die Rationen beibehalten werden können. Wir müssen den wilden Handel in den Lebensmitteln durch Zentraleinkauf vom Auslande einzuschränken suchen. Die 1½ **Milliarden,** die wir zur **Preissenkung** benutzt haben, sind bereits ausgegeben. Für den kommenden Winter haben wir Getreide bis zum Ende des Jahres, vielleicht bis Anfang Januar. Die Gemüseversorgung ist noch befriedigend, wenn auch noch teuer. Mit norwegischen Häringen ist der Markt reich eingedeckt. Eine Petroleumverteilung ist in Aussicht. In allem ist die Versorgung erheblich besser geworden. Zur Steigerung der Ausfuhr werden wir noch größere Einkäufe betätigen können. **Norwegen und Amerika haben uns Lebensmittel gespendet;** ihnen sei herzlich **Dank gesagt.** (Bravo!) **Handel und Industrie** geben ein anderes Bild. Die Einfuhr beträgt zurzeit ein Fünftel der Friedenseinfuhr, kostet aber 100 Proz. mehr. Die Ausfuhr steigt jedoch. Sie beträgt jetzt ein Sechstel der Friedensausfuhr. Die Rohstoffeinfuhr suche ich nach Möglichkeit zu begünstigen. Staatliche Unterstützung wird nötig sein, ebenso peinliche Berücksichtigung des Standpunktes der Konsumenten. Eine Vorlage wird dem Hause zugehen wegen eines **schnellen Verfahrens gegen den Wucher.** Die Frage, das **Loch im Westen** zu stopfen, wird durch genaueste Kontrolle geregelt werden. Die **Arbeiterwohnungsfrage** wird durch Barackenbau vorläufig zu lösen gesucht. Die Bergarbeitergenossenschaften sollen an dem Wohnungsbau auf siedlerischer Grundlage mit Bestimmungsrecht beteiligt werden. Die Hauptsache bleibt, daß wir unserer Industrie **Rohstoffe** geben können. Daher wird die Regierung allen politischen Streiks der Arbeiter stark ablehnend gegenüberstehen. Das Ausland bewundert die Energie unserer Industrie. Wenn uns aber die Entente nicht genügend Rohstoffe gibt, um unsere Industrie zu versorgen, dann können wir nicht zahlen. Fährt Frankreich in nervöser Hast in unseren Aufbau zerstörend ein, so schadet es auch sich selbst.

Abg. **Hoch** (Soz.): Auch wir wünschen, daß uns die Entente genügend Spielraum zum Leben läßt, aber wir warnen dringend, daß es nicht wieder zu einer Ausbeutung des Volkes durch wenige Begünstigte kommt. **Beim Abbau der Zwangswirtschaft tritt überall eine unerträgliche Preissteigerung zutage, die uns zugrunde richtet.** Hauptsache ist die Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. Die Regierung muß hierbei unterstützt werden. Von den Agrariern wird direkt zu aktivem Widerstand gegen die Regierung gehetzt. Wir werden die schwere Zeit nur dann überwinden können, wenn die Regierung mit starker Hand die Widerstände beseitigt.

Abg. **Brauns** (Zentr.): Die Regierung muß wirtschaftliche Politik treiben und sich dabei in drei Gruppen gliedern, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Die Vorstände dieser drei Abteilungen müssen Fachmänner, einander gleichberechtigt sein und den nötigen Einfluß auf die gesamte Politik besitzen. Die Landwirtschaft ist zurzeit in der Regierung nicht genügend vertreten. Für das Handwerk und den Kleinhandel müssen besondere Abteilungen geschaffen werden. Die volkswirtschaftlichen Abteilungen könnten eingeschränkt werden. Die Zwangswirtschaft muß abgebaut werden, wo sie unwirksam ist wie bei der Landwirtschaft. Der Übergang zur extensiven Wirtschaft schädigt die Allgemeinheit. Es bleibt nur ein Weg übrig, eine **beträchtliche Erhöhung der Preise, was natürlich wieder eine Erhöhung der Löhne zur Folge hat.** Diese Preiserhöhung ist besonders nötig, um die Waren im Inlande zu behalten. Eine derartige Politik erstreben wir auch für die Industrie. Alle Braunkohlenreviere müßten erschlossen werden. Womöglich muß Akkordarbeit eingeführt werden, sonst Stückarbeit mit Prämien für besondere Leistungen.

Abg. **Hermann**-Reutlingen (Dem.): Amerika fürchtet die Konkurrenz Deutschlands wegen des hohen Standes des Dollars. Hoffentlich gelingt es uns bald, unsere Wirtschaft durch Valutaanleihen zu schützen. **Vollsozialisierungen sind mit großer Vorsicht auszuführen.** In der Rohstoffeinfuhr muß volle Freiheit herrschen, außer in Luxusartikeln. Wir wünschen eine zielbewußte Mittelstandspolitik.

Abg. Dr. **Röside** (D. N.): Nur ein Ausgleich der Preise kann uns helfen. Alles muß geschehen, um dem Handwerk wieder auf die Beine zu verhelfen. Die **Sonntagsruhe in den kleineren Städten** muß im Interesse der Landwirtschaft beschränkt werden. Eine große Erbitterung wird bei den Landwirten dadurch geschaffen, daß die Kontrolle der Ablieferung nicht sachgemäß erfolgt. Die Landwirtschaft ist außerdem zurückgegangen, der Anbau kann nicht zwangsweise betrieben werden. Wenn sich die Verhältnisse nicht ändern, sind wir gezwungen, immer mehr von dem intensiven Betrieb abzugehen. Die Zwangswirtschaft muß aufgehoben werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen nachmittag 1 Uhr, vorher Anfragen, nachher Reichsheer. Schluß 6½ Uhr.

Politische Neuigkeiten.

Vor dem Untersuchungsausschuß.

* Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat nach einer Meldung der „Bad. Presse", diejenigen Männer, die wahrscheinlich von ihm vernommen werden, in entgegenkommender Weise schon von Anfang an zu den Verhandlungen eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, die Aussagen der vor ihnen Vernommenen genau kennen zu lernen. In dieser Art ist auch General **Ludendorff** eingeladen worden. Zum allgemeinen Erstaunen hat er jedoch von den Einladungen bisher **keinen Gebrauch** gemacht. Nun hat der Untersuchungsausschuß beschlossen, auch Feldmarschall **v. Hindenburg** eine Einladung zugehen zu lassen. Die Einladungen enthalten übrigens immer nur die Mitteilung, daß am soundsovielten der Zeuge soundso vernommen würde. Gleichzeitig wird bekannt, daß voraussichtlich auch Ludendorff mitkommen wird. Es scheint danach, daß sich General Ludendorff wie während seiner Dienstzeit nicht ohne Hindenburg in der Öffentlichkeit zeigen will. Jedenfalls wird Hindenburg der Einladung folgen und an der nächsten Sitzung, in welcher der Exkanzler v. Bethmann-Hollweg vernommen wird, teilnehmen.

Kleine Nachrichten.

* **Der Zustand Haases.** Dem „Berl. Tagebl." wird berichtet, daß der Zustand des Abgeordneten Haase seit zwei Tagen eine Verschlimmerung aufweise, so daß für das Leben des Abgeordneten ernsthaft gefürchtet werden müsse.

Am Montag ist dem Abg. **Haase** das von der Kugel des Attentäters verletzte Bein abgenommen worden. Haase hat die Beinamputation verhältnismäßig gut überstanden. Die Entscheidung über die endgültige Rettung des Kranken ist im Laufe des Dienstag zu erwarten.

* **Die 2. Delegiertenhauptversammlung der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie** nahm vorgestern ein Referat für die Aufstellung von Richtlinien für ein Einigungsprogramm entgegen. An diesen Richtlinien ist bemerkenswert, schreibt die „Freiheit", daß selbst diese Einigungsversuche von einer Einigung der verschiedenen Parteien absehen, und nur eine Arbeitsgemeinschaft vorschlagen.

* **Verhängung des Ausnahmezustandes.** Aus Kassel wird vom 27. Oktober gemeldet: Mit Wirkung vom 27. Oktober, 12 Uhr mittags, hat der **Reichspräsident** auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in den **Bezirken** Kreis Schleusing, **Landkreis Ohrdruf, Stadt Zella und Mehlis den Ausnahmezustand verhängt.** Grund waren **Diebstähle, Gewalttätigkeiten und ungesetzliche Handlungen. Truppen** sind bereits an Ort und Stelle angekommen.

Badische Ueberlicht.

Badischer Landtag.

BC. Die 2. Sitzung des Badischen Landtags findet am Mittwoch nachmittag 4 Uhr statt. Die **Tagesordnung** lautet: Beratung über die geschäftliche Behandlung des Antrags der Abgg. **Frhr. v. Gleichenstein** und Genossen, die **Weinhöchstpreise** betr.; Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die **Gesuche der Eisenbahnerverbände wegen der Beschaffungszulage** (Berichterstatter Abg. Marum).

*

BC. **Karlsruhe,** 27. Okt. Über die **Versorgung von Gemeinden Oberbadens mit elektrischem Strom** hat der Abg. Schön und Gen. (Dem.) folgende förmliche Anfrage im Landtag eingebracht: Viele Gemeinden Oberbadens, insbesondere im Amtsbezirk Donaueschingen, sind durch die Mitteilung des Laufenburger Werkes, daß es weitere Abschlüsse nicht tätigen werde und auch nicht alle vorbereiteten Verträge zu erfüllen in der Lage sei, lebhaft beunruhigt. Ist die Regierung in der Lage, Auskunft zu geben, über die Versorgungsmöglichkeit dieser durch eine verzögernde Behandlung der Elektrisierungsfrage von seiten der Verwaltungsbehörden schwer benachteiligten Gemeinden, und ist sie bereit, die Versorgung durch Ausnützung lokaler Wasserkräfte (Wutach und Breg) ehestens prüfen zu lassen und Zuschüsse zu diesen Unternehmen bereit zu stellen?"

Eine förmliche Anfrage der Abg. Schön und Gen. (Dem.) über den **Stand der Landeskulturarbeiten** lautet: „Ist die Regierung in der Lage, Auskunft über den Stand der Arbeiten in der Landeskultur zu geben? Die Zusammenstellung, die dem Landtag zuletzt vorlag, führte 700 Hektar auf. Wir haben aber mindestens 50 000 Hektar zu meliorieren. Wie gedenkt die Regierung diese Aufgabe zu lösen?

Die badischen Eisenbahnerorganisationen zur Verkehrsnot.

Über die Lage der badischen Staatsbahnen und die Einstellung des Personenverkehrs an Sonn- und Feiertagen ist von den drei Großorganisationen der badischen Eisenbahner: der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten im Beamtenbund, dem badischen Eisenbahnerverband und dem Verband des deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, ein Flugblatt herausgegeben worden, das sich mit den Ursachen und der Beseitigung der augenblicklichen Verkehrsnot befaßt.

In diesem Flugblatt heißt es u. a.: Der Bestand an fahrbereiten **Lokomotiven** hat sich gegenüber 1914 um über 200 **vermindert,** jener an **Personen-, Gepäck- und Personalwagen** über 600; auch bei den **Güterwagen** sind außerordentlich hohe Abgänge zu verzeichnen. Die Kohlenvorräte reichen heute manchmal nur für 3—4 Tage. Von den Ursachen, die zu all dem führten, sind an erster Stelle die großen Abgaben an die Entente sowie die Kriegsverluste u. Abnützungen zu nennen. An Stelle guter und erprobter Bau- und Betriebsstoffe für Lokomotiven muß heute in größtem Umfang mehr oder weniger **minderwertiger Ersatz** treten.

Infolge all dieser Schwierigkeiten, teilweise auch infolge der bisher ungenügenden Ernährung, war es daher trotz erheblich vermehrter Arbeiterzahl und trotz bestem Willen der Arbeitervertretungen, Hand in Hand mit der Eisenbahnverwaltung an der Hebung der Arbeitsleistung mitzuwirken, nicht möglich, die hohe Anteilziffer schadhafter Lokomotiven und Wagen so zu verringern, daß stets eine genügende Anzahl verfügbar ist.

So kann es nicht mehr lange weitergehen, heißt es in dem Flugblatt. Es müssen alsbald **wirksame Maßnahmen** getroffen werden, um mindestens den Güterverkehr wieder in Fluß zu bringen. Der einzige Weg hierzu liegt in der Einstellung des gesamten Personenverkehrs mindestens an einem Tage. Am geeignetsten hierfür sind zweifellos die Sonn- und Feiertage. Die freiwerdenden Personenzugslokomotiven müssen genützt werden. Es müssen Sondergüterzüge gefahren, die Bahnhöfe, die Überholungsgleise, die mit Güterzügen überfüllt sind, müssen an Sonntagen wieder freigemacht werden. So allein ist es möglich, einen Teil der Verkehrsnot zu beheben. Diese Maßnahme erfordert **Opfer von den Eisenbahnern.** Das Flugblatt schließt: Es wird gelingen, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, wenn jeder Eisenbahner im Betrieb und in der Werkstatt sein Verständnis für den Augenblick betätigt. Das sind wir der Allgemeinheit, uns und unsern Familien schuldig.

Zur Frage der Beschaffungsbeihilfe.

Mannheim, 27. Okt. Nach einem Referat des Bezirksleiters des Verbandes des Deutschen Verkehrspersonals, Bernhard, wurde in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung der Eisenbahner von Mannheim und Umgebung folgende **Entschließung** angenommen:: „Die am 27. Oktober 1919 im „Rodensteiner" tagende öffentliche Versammlung von Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeitern erachtet das Kompromißprodukt der politischen Parteien in der Beschaffungszulage als unbefriedigend. Sie beauftragt die Organisationen, nach wie vor an der Forderung von 1000 Mark festzuhalten. Der Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen darf höchstens 100 Mark betragen. Sie verwirft nicht grundsätzlich die **Abstufung nach Ortsgruppen.** Jedoch ist die vorgeschlagene Form zu ungerecht, weil die Ortsgruppeneinteilung nicht den heutigen Verhältnissen Rechnung trägt. Wenn nach Ortsgruppen verfahren werden soll, darf es nur drei Ortsgruppen geben: 1. große und besonders teuere Städte, 2. kleine Städte, 3. Landorte. Die Orte 20 Kilometer im Umkreis der Städte sind den Städten gleich zu erachten. Maßgebend kann nur der Beschäftigungsort sein. Die Beschaffungszulage ist an alle vor dem 1. August eingetretenen zu zahlen. Die Versammlung fordert unter allen Umständen, daß unabhängig von dem Entschluß der Nationalversammlung in der Beschaffungszulage **sofort ein Vorschuß** an sämtliche Bediensteten ausgezahlt wird, damit sie in der Lage sind, sich jetzt mit Winterbedarfsartikeln einzudecken."

Mannheim, 27. Okt. Vergangenen Samstag haben bei Bekanntwerden des Kompromisses der an der Regierung beteiligten Parteien betreffend der Beschaffungsbeihilfe, die nur 500 Mark anstatt 1000 Mark betragen soll, die Arbeiter der **Eisenbahnwerkstätte Mannheim die Arbeit niedergelegt,** nach einigen Stunden dieselbe aber **wieder aufgenommen.** Die Meldung, daß die Mannheimer Eisenbahnarbeiter sich im Ausstand befinden, entspricht nicht den Tatsachen. Auf dem Mannheimer Personen- und Rangierbahnhof, sowie in den Eisenbahnwerkstätten versehen die Beamten und Arbeiter ihren gewohnten Dienst.

Vom badischen Handelstag.

BC. Unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Engelhard-Mannheim fand in Baden-Baden eine **Präsidialkonferenz des Badischen Handelstages** statt. Man beschäftigte sich mit der Abänderung des Wahlgesetzes der badischen Handelskammern, zu denen auch die Frauen das aktive und passive Wahlrecht erhalten sollen. Die Namensänderung der badischen Handelskammern soll durchgeführt werden, da die Kammern in Zukunft zur Industrie- und Handelskammer ausgestaltet werden soll. Dr. Horster-Schopfheim berichtete über den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft in Baden. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wurde, alles zu tun, was dazu beitragen kann, den Ausbau weiterer Wasserkräfte und die Organisation der Verteilung elektrischer Kräfte, soviel als möglich, zu beschleunigen. Ferner wurde gebeten, zu diesem Zwecke einen Ausschuß von Sachverständigen einzusetzen. Dann wurden noch Berichte über die badische Außenhandelsstelle und die Tätigkeit des badischen Auftragsamtes erstattet.

Die Nutzholzausfuhr aus Baden.

* Von der Badischen Außenhandelsstelle wird uns geschrieben: Mit Rücksicht auf die seitens des Reiches in Aussicht stehende Regelung der Holzausfuhr nach den besetzten Gebieten ist eine Genehmigung für den Versand von Nutzholz nach Außerbaden nur noch erforderlich, wenn der Versand nach den besetzten Gebieten erfolgen soll. Die übrigen Bestimmungen der Verordnung vom 22. September 1919 sowie die Verordnung vom 16. Oktober 1919, den Verkehr mi Brennholz betr., insbesondere die Bestimmungen über den Versand von Nutzholz nach außerbadischen Orten (§ 13 der letztgenannten Verordnung) werden hierdurch nicht berührt.

Die ausgewiesenen Elsässer.

* Im Gebiet des Brückenkopfes Kehl halten sich 500 Elsaß-Lothringer auf, die nach der Besetzung Elsaß-Lothringens durch Frankreich wegen ihrer deutschfreundlichen Gesinnung in diesem Brückenkopf bis zur Ratifikation des Friedensvertrages verbannt worden sind. Weit mehr noch sind nach dem Innern Frankreichs verbannt. Im Anschluß an diese Meldung, wo-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nach aus dem Innern Frankreichs eine Reihe Verbannter zurückgekehrt war, auf Befehl der französischen Regierung aber wieder nach ihrem Verbannungsort zurückkehren mußten, fordert die Elsaß-Lothringische Presse, daß nunmehr allen diesen die Rückkehr nach ihrem Heimatsort gestattet wird.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Zur Bestrafung der Schieber.

In jüngster Zeit ist an die württembergische Regierung die Forderung gestellt worden, gegen die Schleichhändler und Lebensmittelwucherer eine Sonderjustiz, insbesondere Standgerichte, einzuführen. Die Erfüllung solcher Wünsche ist unmöglich, da sie nur im Wege der Reichsgesetzgebung durchführbar sind. Die württembergische Regierung hat sich aber mit dringenden Vorstellungen an die Reichsregierung gewendet, um entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen gegen Schiebertum und Schleichhandel zu erlangen; namentlich hat sie eine Verschärfung der Strafdrohungen im Auge, dergestalt, daß gegen Schieber und Schleichhändler in erster Linie auf Zuchthausstrafe zu erkennen ist. Die württembergische Regierung wird auf den Gebieten, die ihrer Zuständigkeit unterliegen, unverzüglich kräftigste Maßnahmen zur Bekämpfung der genannten Übel ergreifen.

Verhaftungen. Wegen Vertriebes voraussichtlich gestohlener Seide sind in Lörrach, Zell und Gresgen die letzten Tage vier Personen festgenommen worden und zwar der Zahntechniker Seger in Zell und dessen Stiefbruder Max Wagner in Lörrach, der z. Zt. beurlaubte Offizierstellvertreter Kaiser in Lörrach und der Kaufmann Feist in Gresgen. Die Genannten weden beschuldigt, größere Posten Seide, die vermutlich von einem Diebstahl in Gutach herrührt, weiter verkauft zu haben Einige Pakete Seide konnten beschlagnahmt werden.

BC **Mannheim, 27. Okt.** Aus dem hier vor Anker liegenden Schiff „Drachenfels" wurden **103 Kisten Büchsenmilch im Wert von 25 000 M. gestohlen.**

BC. **Heidelberg, 27. Okt.** Gegen eine Anzahl hiesiger **Bäckermeister** schwebt ein Strafverfahren, weil sie **Mehl des Kommunalverbandes,** statt zu verbacken, **mit einem Gewinn von 150 M. für den Sack weiterverkauften.** — Hier wurden **Schieber** verhaftet, die **Morphium,** das aus Heeresbeständen herrührte, verkauften. — In Nußloch wurde in eine **Zigarrenfabrik eingebrochen und Tabak** im Werte von etwa 6000 M. **gestohlen.**

Aus der Karlsruher Handelskammer.

In der letzten **Vollversammlung der Handelskammer** für den Bezirk Karlsruhe wurde die Rechnung für 1918 vorgelegt und der Voranschlag für 1919 beraten Es wurde beschlossen, den **Umlagefuß** auf 1,25 Pfg. für 100 M. steuerpflichtiges Kapital festzusetzen. Dann sprach sich die Kammer **gegen** die beim Deutschen Industrie- und Handelstag eingebrachte Anregung **auf Prägung von 15 Pfennigstücken** aus, da sie hierfür kein dringendes Bedürfnis anerkennen konnte. Die Kammer war vielmehr der Ansicht, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag dahin wirken solle, daß genügend Scheidemünzen von 10 und 5 Pf. geprägt werren. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit den kommenden Handelskammerwahlen und beschloß, im Herbst dieses Jahres **eine gänzliche Neuwahl der Kammer vorzunehmen.** Die Kammer nahm auch Kenntnis von der von Auswärtigen Amt geplanten Errichtung einer **Außenhandelsstelle,** für die sie jedoch **kein Bedürfnis** anzuerkennen vermochte. Sie war der Ansicht, daß die bereits bestehenden ähnlichen Institute, namentlich das Kieler Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft, das ausgezeichnete Informationen bietet, für den gedachten Zweck genügte. Nach einem Bericht über Verhandlungen des **Angestelltenausschusses** beschloß die Kammer, in diesen Ausschuß noch zwei Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und zwei weitere Vertreter der Arbeitgeber aufzunehmen.

Aus dem badischen Parteileben.

Am Sonntag fand in Karlsruhe die erste Landestagung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter Badens statt. Sie war von ungefähr 70 Abgeordneten aus dem ganzen Lande besucht. Eisenbahnsekretär **Beetz-Karlsruhe** sprach über „Zwecke, bisherige Arbeit und Ziele der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Geistesarbeiter Badens". In seinen Ausführungen betonte er die rein parteipolitische Betätigung der Arbeitsgemeinschaft, die auch in den späteren Aussprachen allgemein gutgeheißen und in den zur Beratung stehenden „Richtlinien" festgelegt wurde. Die Parteileitung selbst war durch Staatsrat **Marum** vertreten. Die Mittagstagung befaßte sich mit dem Ausbau des Fachorgans der Geistesarbeiter, zu dessen Schriftleiter Hauptlehrer **Meyer-Weingarten** einstimmig gewählt wurde. In den Landesgeschäftsausschuß wurden neun Personen (davon zwei weibliche) und als Landesobmann einstimmig Eisenbahnsekretär Beetz gewählt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. **Die Wahlen zur evang. Generalsynode.** Das amtliche Ergebnis der Wahlen zur außerordentlichen Generalsynode liegt jetzt vor. Danach wurden im ganzen Land abgegeben 68 086 positive, 40 042 liberale und 9631 mittelparteiliche Stimmen. Gewählt sind somit (wie das schon gemeldet wurde) 50 positive, 30 liberale und fünf mittelparteiliche Abgeordnete.

BC **Mannheim,** 26. Okt. Der bekannte Führer der U. S. P., Wirt Selzinger, der **bei den Unruhen im Juni** eine Rolle spielte und deswegen in Untersuchungshaft saß, ist bei Baden-Oos **wegn Schleichhandels** festgenommen worden.

BC. **Pforzheim,** 26. Okt. Für den durch Rücktritt des Oberbürgermeisters Habermehl erledigten **Oberbürgermeisterposten** haben sich 38 Personen gemeldet, fast sämtliche von auswärts.

B.C. **Offenburg,** 26. Okt. Der Bürgerausschuß beschloß, zur Konsolidierung der während des Krieges gemachten Geldaufnahmen die Aufnahme einer **Anleihe von drei Millionen Mark.** Geldgeber wird eine katholische Oberstiftungsverwaltung sein.

B.C **Börenbach,** 26. Okt. **Die Villa** des Fabrikanten Hornung wurde zum **Preise von 110 000 M.** an einen **Schweizer verkauft.** Nach dem schlechten Stande unserer Valuta hat dieser **nur 30 000 M.** zu bezahlen.

oc. **Müllheim,** 25. Okt. Die beiden letzten **Brände in Hügelheim,** die im ganzen Markgräflerland großes Aufsehen erregt haben, da **Brandstiftung** feststand, haben jetzt ihre Aufklärung gefunden. Unter dem Verdacht, die Brände gelegt zu haben wurde der Sohn eines angesehenen Bürgers in Hügelheim, namens Adolf Heid, verhaftet, er legte ein Geständnis ab, gab jedoch die Ursache der Brandstiftung nicht an.

oc. **Lörrach,** 25. Okt. Auf der **Feste Istein** ist jetzt mit der Sprengung der Batterien und Panzertürme begonnen worden.

oc. **Radolfzell,** 25. Okt. Die Hebungsarbeiten an dem seinerzeit mit einer größeren Kartoffeladung **gesunkenen Dampfschiff „Stadt Radolfzell"** sind wieder in Angriff genommen worden. Bei den ersten Hebungsarbeiten war das Schiff bekanntlich infolge Kettenbruchs wieder in die Fluten zurückgeglitten.

oc. **Konstanz,** 25. Okt. Die Polizei verhaftete einen **Postaushelfer** wegen **Diebstahls von Wertpaketen im Wert von 6000 M.** Der Verhaftete steht auch in dem dringenden Verdacht, im Frühjahr d. J. einen **Wertbrief** mit 10 000 M. gestohlen zu haben.

Badische Zeitungsstimmen.

„Auch ein Sammelruf."

Die **Süddeutsche Zeitung** gibt in ihrer Badischen Rundschau folgenden Darlegungen Raum: „Einer eigenartigen Sammlungspolitik redet der „Mannheimer Generalanzeiger" das Wort. So lange Bassermann lebte, war das Blatt dessen Organ, jetzt ist es das Organ — seiner Frau, die, wie man sich erzählt, zu den eifrigsten Förderern der Deutschen Volkspartei und hier der neu zu erweckenden früheren Nationalliberalen Partei gehört. Das Mannheimer Blatt schlägt uns nicht mehr und nicht weniger vor, als daß die **Deutsche Volkspartei** sich mit der **Deutschen demokratischen Partei zusammenschließen** solle. Die Begründung liest sich ganz hübsch, wenn man die zwischen den Zeilen liegende Nebenabsicht übersieht. Das Blatt meint, daß dieses Ziel nicht allzu schwer erreicht werden könne. An die Stelle Neumanns sei Petersen getreten, was schon einen Ruck nach rechts bedeute. Überhaupt habe man an Demokratie und Sozialismus gegenwärtig genug und übergenug; die Zeit sei damit so übersättigt, daß viele Leute schon glauben, wir erlebten den Ablauf und das Ende des demokratisch-parlamentarischen Zeitalters. Die Einseitigkeit er demokratisch-sozialistischen Entwicklung habe die Staatsautorität aufgehoben, die Regierungsgewalt ohnmächtig gemacht und unser Wirtschaftsleben vollends an den Rand des Verderbens getrieben. Aus dieser fehlgehenden Entwicklung müsse ein Ausweg gesucht werden. Natürlich könne es sich nicht um die Rückkehr zum alten Obrigkeits- und junkerlichen Klassenstaat handeln. Aber auch der demokratisch-sozialistische Klassenstaat könne uns nicht retten, sondern man müsse einem ausgleichenden und soziale Gerechtigkeit für alle Schichten fordernden Liberalismus wieder zu Ansehen und Macht verhelfen. Im Gegensatz zu der einseitig von Demokratie und Sozialismus beherrschten Welt, die nichts als die begehrliche, stets unbefriedigte, unterschiedslose Masse kenne, müsse die wahrhaft liberale Achtung vor dem einzelnen Menschen, seinen Grundrechten und Freiheiten wieder aufgerichtet werden. Von weiten Kreisen werde **aber auch** gewünscht, daß der **nationale Gedanke,** also der der innig verbundenen Volksgemeinschaft, auch nach außen wieder voranleuchte, der in der materialistisch-wirtschaftlichen Betrachtungsweise der Demokratie fast untergegangen zu sein schien.

So viel uns bekannt ist, will in Baden die Deutsche Volkspartei unter der alten nationalliberalen Flagge hauptsächlich die Männer sammeln, die bei und nach der Revolution sich von einer verblendeten Führung zur Demokratie reißen ließen und nun nach bitterster Enttäuschung wieder von ihr loskommen wollen. Gerade diese Männer will das Mannheimer „nationalliberale" Blatt wieder zur Demokratie zurückführen, bei der es „schon einen Ruck nach rechts" bemerkt zu haben glaubt. **Die Deutsche Volkspartei wird nicht umhin können, unzweideutig zu erklären, wie sie sich zu dieser Anregung stellt und ob mehr dahinter steckt, als lediglich eine Anregung.** Im andern Falle müßte auf ihre Sammeltätigkeit ein eigenartiges Licht fallen."

Wie lange noch?

Der Berner N. B.-Mitarbeiter der **„Badischen Volkszeitung"** hatte eine lange Unterredung mit einem schweizerischen Finanzmann, in welcher sich dieser eingehend über die deutschen Verhältnisse aussprach. Er sagte u. a.:

„Der Jahrestag des Ausbruchs der deutschen Revolution nähert sich. Deutschland hatte vier schwere Kriegsjahre hinter sich, da kam die Revolution mit ihren furchtbaren Folgen. In dem Augenblick, wo die Deutschen alle Nerven hätten anspannen müssen, um den ganzen Unglücksschlag abzuwehren, versagten sie. Das deutsche Volk zeigte sich plötzlich als nervenlose Masse So stand Deutschland mit einemmal mitten im Unglück und es kannte sich nicht mehr aus in seinem Unheil. Anstatt zu arbeiten und zu sparen, verlegte sich ein größer Teil der Masse auf **Nichtstun,** ein anderer Teil trieb **unehrliches Handwerk** und wieder ein Teil sah erschreckt zu, ohne die Hände zur Abwehr des Unglückes zu regen. Das Unglück begann und das deutsche Volk weiß heute noch nicht, wieviel Schaden es sich in diesem einen Revolutionsjahr selbst zugefügt hat! Es sieht nicht, daß Milliarden über die Grenze geschmuggelt wurden, es glaubt auch heute noch nicht, daß es selbst Milliarden Werte in seinem eigenen Lande zertrümmerte. Ein Jahr Revolution war dem deutschen Volk teurer als vier Jahre Krieg.

145 Milliarden wurden **von November 1918 bis September 1919 ins neutrale Ausland geschmuggelt.** Rechnet man zu diesen 145 Milliarden die **Summen verlorener Kriegswerte** bei dem ungeordneten Rückzug aus Belgien und Frankreich, die **Verluste infolge der Streiks, die Arbeitslosen-Unterstützungen, die Zerstörungen im Inlande** usw., so überschreitet **diese Summe weit die der Kriegsanleihen. Millionen** gab das deutsche Volk ferner aus in diesem Jahr **an Luxusartikel,** die es dem Auslande aufkaufte; **entbehrliche Lebesmittel — Zitronen, Apfelsinen, Feigen, Zuckerwaren** aller Art — wurden im Auslande in Millionenwerten aufgekauft **So geht es nicht weiter!** Arbeiten die Notenpressen so weiter, so muß **Deutschland seinen Bankerott** anmelden, den seine Finanzminister heute noch schamhaft verschweigen. Die **Schieber und Schmuggler** haben Deutschland vollends das **Grab geschaufelt.** Notenpressen, Schmuggler und Schieber sind heute die fleißigsten Arbeiter in Deutschland. **Schmuggler brachten an einem Tage über 100 Millionen Mark nach Bern** und boten sie den Schweizer Banken an. Die Berner Banken konnten zeitweilig das deutsche Geld nicht mehr unterbringen; so sank die deutsche Mark, die einst so hoch stehende und geachtete Münze.

Was den Deutschen heute in seinem Unglück lächerlich macht, ist, daß er glaubt, die **Welt mit seinem neuen Geiste beleben zu können.** Menschlich ist diese Idee, aber eine bankerotte. Die **Ententevölker spötteln über diese Eitelkeit deutschen Geistes** . . Es wäre auch ein Unglück für die Menschheit, wollte sie den heutigen Zeitgeist der in Deutschland waltet, sich zu eigen machen. Das deutsche Volk muß erst das Gift des Wuchers, der Vergnügungssucht, der Arbeitsscheu aus seinem kranken Körper ausstoßen, muß ein „Tell" werden, der auf sich vertraut. Dann wird es wieder glänzen in der großen Völkerfamilie."

Aus der Landeshauptstadt.

* **Vortrag Bellachini.** Im Rahmen der naturwissenschaftlichen Abende der deutschen mikrologischen Gesellschaft sprach am Sonntag und Montag Herr Joachim **Bellachini-Berlin** im jeweils dicht besetzten Saal des Friedrichshofs über das Thema „Der Mensch vor 100 000 Jahren". Der Vortrag bildete einen kurzen Abriß der Entwicklungsgeschichte der Erde und ihres Lebens bis zu den Anfängen des Menschengeschlechts. Er führte an Hand eines außerordentlich reichhaltigen Lichtbildermaterials in populärer und fließender Rede durch eine der breiten Masse zum großen Teil neue Welt der Wunder und Geheimnisse. Das Leben in Urmeer und Tiefsee, die Wanderung der Erdpole und des Weltmeers, die Lebewesen aus der Zeit der Kreide- und Steinkohlenzeit, die Riesengeschöpfe der Urzeit sowohl wie die Kleinwelt, des Wassertropfens und der Erdkrume, deren Leben und Treiben die Zuhörerschaft dank der Hilfe des Mikro-Projektionsapparates mit eigenen Augen studieren konnte, wurden in interessanten und instruktiven Bildern zu Gesicht geführt. In fesselnder Weise legte Bellachini dar, wie sich das ewige Stirb und Werde in der Geschichte alles organischen Lebens immer aufs neue wiederholt, wie eine Form der andern Platz macht, sobald ihre Entwicklung eine gewisse Höhe erreicht hat, ihre Fruchtbarkeit nachzulassen beginnt. Auch dem Menschen drohe die Gefahr, in seiner Herrschaft abgelöst zu werden; vor allem spreche die Erscheinung des Geburtenrückgangs dafür. Als Thronprätendenten bezeichnete er die Insektenwelt. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß der Mensch kraft seiner höheren Intelligenz die Katastrophe seines Unterganges vermeiden werde. Der Vortrag fand außerordentlichen Beifall.

* **Vortragsabend Cumberland.** Der gestrige Vortragsabend war recht interessant. Cumberland ist ein bewundernswürdiger Telepat. Sein Können entspringt jahrelangem Studium auf diesem Gebiete. Die Vorträge und Experimente waren rein wissenschaftlicher Natur. Es wurden einem keine „überirdischen" Zauberkunststückchen vorgespiegelt, wie vielleicht manche erwartet hatten. Das Mißtrauen, mit dem man in derartige Vorträge zu gehen pflegt, hielt hier nicht lange stand. Cumberland löste schnell und mit Leichtigkeit die vom Publikum gestellten Aufgaben, wie er denn überhaupt nur mit Personen aus dem Publikum experimentierte. Auf dem Wege der Gedankenübertragung deckte er beispielsweise eine inszenierte Mordtat auf. Er fand sehr schnell den Mörder, das Opfer, die Mordwaffe und den Tatort auf. Besonders staunenswert waren die Massen- und Wachsuggestionen. Er ist ein Hypnotiseur von verblüffenden Fähigkeiten. Dabei kommt es natürlich auch sehr viel auf das Medium an. Bei jedem ist eben der eigene Wille nicht ganz auszuschalten. Gestern befand sich nun unter dem Publikum ein recht gutes Medium und hier leistete Cumberland Überraschendes. Jedenfalls dürfen wir seinem nächsten Erscheinen in einigen Wochen, wobei er ein Tanzmedium vorführen wird, mit Interesse entgegensehen. Das sehr zahlreich erschienene Publikum war befriedigt und dankte mit lebhaftem Beifall.

Landestheater.

„Hoffmanns Erzählungen" erschienen gestern abend in teilweise neuer Besetzung auf dem Spielplan. Man durfte darin eine erfreuliche stimmliche Auffrischung erblicken. Herr Neugebauer als Hoffmann ist bekannt. Er war glänzend bei Stimme. Ebenso Frau von Ernst in der Verkörperung der drei Frauenrollen, von denen ihr Olympia am besten liegt. Neu war Herr Ziegler als Coppelius, Dapertutto und Mirakel. Jedem gab er eine charakteristische Maske: eine feine Studie der Brillenhändler, imponierend sein Kapitän mit Napoleonskopf, unheimlich sein Doktor. Die gesangliche Wiedergabe war sehr genußreich. Auch Herr Seydel hatte Gelegenheit, seine Darstellungskunst in drei verschiedenen Rollen ins beste Licht zu rücken. Höchst witzig war er als Spalanzanis stotternder Diener. Diesen gezierten, affektierten Tölpel gab er mit feiner, unaufdringlicher Komik. Der bucklige Zwerg und der schwerhörige Diener Franz waren dieser Leistung ebenbürtig. Herrn Hanckes Spalanzani bedarf noch gründlicher Durcharbeitung. In Herrn Bussard, der ihn als eine Mischung von Boshaftigkeit und Gelehrtendünkel zu spielen pflegte, hatte er doch ein treffliches Vorbild. Frau Petzl-Demmer fand sich mit dem Studenten Niklaus gut ab, weniger Herr Hagedorn mit dem alten Musiker, der einer gründlichen Vertiefung bedarf.

Trotz dieser kleinen Ausstellungen, die sich durch einige ernste Proben beseitigen ließen (man müßte dann allerdings die musikalische Leitung in eine festere Hand geben), ist die Besetzung so, daß sie hohen Ansprüchen genügen kann. Die szenische Aufmachung ist in der heutigen Form allerdings ein Ding der Unmöglichkeit. Ich habe auf diesen Mangel schon wiederholt hingewiesen, leider ohne Erfolg. Vielleicht sieht sich der Herr Intendant selbst einmal den zweiten Akt an, um sich davon ein Bild zu machen, mit welchem Kitsch uns nun schon seit Jahren Herr Regisseur Peter Dumas langweilt. Was er hier an verstaubten Requisiten in Giulietas Palast zusammenträgt, muß einen jeden wahren Kunstfreund entsetzen. Es ist ein getreues Spiegelbild seiner ganzen Regiekunst: Makartkunst. Seine Phantasie schwelgt hier in dem „Schönheitsideal" unserer Großmutter. Dieses Bühnenbild genügt in seiner polizeiwidrigen Geschmacklosigkeit nicht einmal den Ansprüchen eines heutigen Vorstadtpublikums. Was nützen alle Bemühungen, die auf eine Hebung des Geschmackes der Massen abzielen, wenn eines der ersten Kunstinstitute des Landes seinem Publikum derartige Bilder vorzusetzen wagt! Man kann gewiß nicht von heute auf morgen den ganzen alten Plunder abschaffen. Aber irgendwo muß doch einmal ein Anfang gemacht werden, der ärgste Kitsch muß doch wenigstens ausgemerzt werden. An „Hoffmanns Erzählungen" würde sich eine Renovierung bezahlt machen; denn diese Oper wird man sicherlich auch dann noch spielen, wenn manch andres Werk, das man heute in üppigster Ausstattung herausbringt, längst vergessen sein wird. Ich behaupte immer wieder: mit den vorhandenen Mitteln läßt sich eine annehmbare Aufmachung erzielen. Aber ohne Geschmack und Energie ist freilich nichts zu machen.

H. R—r.

Büchertisch.

Die **Zukunft der Kultur** behandelt das Schlußkapitel des Schlußbandes der großen „Völkerpsychologie" von Wilhelm Wundt. Um die bedeutungsvollen Gedanken des Philosophen in die weitesten Kreise zu tragen, erscheint demnächst bei Kröner eine billige Sonderausgabe dieses Kapitels. Der Irrungen ledig, in die sich das deutsche Volk nicht zum wenigsten durch jenen unter dem Einfluß der westeuropäischen Utilitätsmoral stehenden Geist des Kapitalismus und Imperialismus verstrickt hatte, werden wir zu den Idealen zurückkehren, die in Sitte und Recht der deutschen Vorzeit uns den historischen Beruf vorgezeichnet haben, den das deutsche Volk zu erfüllen hat. Wie der deutsche Geist ein nicht hinwegzudenkender Bestandteil der bisherigen Geschichte ist, ruht unsere ganze Hoffung einer besseren staatlichen und sittlichen Zukunft der Menschheit auf der Wiedergeburt jenes deutschen Geistes, der in der Reformation seinen ersten, in dem deutschen Idealismus seinen zweiten Aufstieg erlebt hat und in dem deutschen Staat seinen dritten erleben wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 11. Oktober d. J. die Regierungsbaumeister Alfred **Reebstein** in Karlsruhe, **Hugo Fehrenbach** in Forbach, Karl **Feldmann** in Donaueschingen, **Julius Bank** in Freiburg, Manfred **Sütterlin** in Mosbach, Eugen **Trefzger** in Achern, Robert **Jacobi** in Freiburg und Eugen **Penk** in Karlsruhe zu zweiten Beamten der Wasser- und Straßenbauverwaltung ernannt.

Das Arbeitsministerium hat unterm 24. Oktober d. J. die Bauinspektoren Friedrich **Honikel** in Heidelberg zur Wasser- und Straßenbauinspektion Konstanz, Rudolf **Buisson** in Karlsruhe zur Wasser- und Straßenbauinspektion Heidelberg, Albert **Haug** in Karlsruhe zur Kulturinspektion daselbst,

die Regierungsbaumeister Hugo **Fehrenbach** in Forbach zur Kulturinspektion Heidelberg, Julius **Bank** in Freiburg und Eugen **Penk** in Karlsruhe zur Bauinspektion für das Murgwerk in Forbach und Eugen **Trefzger** in Achern zur Wasser- und Straßenbauinspektion Lörrach versetzt und

die Versetzung des Bauinspektors Erwin **Wohlgemuth** in Rastatt zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zurückgenommen.

Das Staatsministerium hat unterm 11. Oktober d. J. den Rechnungsrat Franz **Haserkorn** in Karlsruhe auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 16. Oktober d. J. beschlossen, mit Wirkung vom 1. August d. J. den Abteilungsvorstand an der städtischen Kunsthalle in Mannheim Dr. W. F. **Storck** zum Direktor der Kunsthalle Karlsruhe zu ernennen.

Rechtsanwalt Karl **Eberle** hat auf die Zulassung beim Amtsgericht Neustadt und Landgericht Freiburg verzichtet und ist in der Liste der Rechtsanwälte gelöscht worden.

Das Ministerium des Innern hat unterm 23. Oktober d. J. den Verwaltungsaktuar Max **Wiedenmann** beim Bezirksamt Adelsheim zum Verwaltungssekretär ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat versetzt: unterm 7. Januar d. J. den Eisenbahnsekretär **Adolf Schmitt** in Weil-Leopoldshöhe nach Basel,

unterm 30. August d. J. den Eisenbahnsekretär Karl **Meerwarth** in Biberach-Zell nach Mannheim Industriehafen,

unterm 15. September d. J. den Eisenbahnsekretär Karl **Ehret** in Weil-Leopoldshöhe nach Basel,

unterm 27. September d. J. den Eisenbahnsekretär Johann **Maurer** in Müllheim nach Weil-Leopoldshöhe.

Gestorben:

am 6. Oktober l. J.: **Grüßhaber, Karl**, Eisenbahnsekretär in Donaueschingen.

Geldlotterie der Landesgruppe Baden des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer betr.

Der Landesgruppe Baden des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich in Freiburg (Kaiserstr. 63) wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung der 1. Reihe einer in 6 Serien durchzuführenden Geldlotterie, bei welcher 3576 Geldgewinne und 1 Prämie im Gesamtwert von 40 000 M. ausgespielt und 120 000 Lose, das Stück zu 1.10 M., ausgegeben werden, erteilt.

Karlsruhe, den 18. Oktober 1919.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Arnold. Schmidt.

Die Errichtung einer selbständigen Apotheke in Forbach betr.

An Stelle der bisherigen Filial-Apotheke in Forbach (Amt Rastatt) soll eine selbständige Apotheke errichtet werden. Die persönliche Berechtigung zum Betriebe wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Der neue Inhaber hat die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine — nötigenfalls von uns endgültig festzusetzende — Vergütung zu übernehmen.

Bewerbungen sind **binnen 2 Monaten** unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1919.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Arnold. Braun.

Die VII. Badische Krieger-Geldlotterie betr.

Dem Badischen Kriegerbund wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung der VII. Badischen Krieger-Geldlotterie, 1. Ziehung, bei der 3328 Geld-Gewinne und 1 Prämie im Gesamtwert von 37 000 M. ausgespielt und 100 000 Lose, das Stück zu 1.10 M. ausgegeben werden, erteilt.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1919.

Ministerium des Innern.
Remmele. Schmidt.

Bekanntmachung
der Reichsbekleidungsstelle über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Sonnenvorhängen und ähnlichen Gegenständen.

Vom 27. September 1919.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. 1917 S. 257) wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über Beschlagnahme, Bestandsaufnahme und Enteignung von Sonnenvorhängen und ähnlichen Gegenständen vom 25. Juli 1918 wird aufgehoben.

Die weitere Durchführung der bereits in geschäftlicher Behandlung befindlichen Fälle wird hierdurch nicht berührt.

§ 2.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft.

Berlin, den 27. September 1919.

Reichsbekleidungsstelle.
Dr. Haaselau, Oberregierungsrat.

Sechs Sinfonie-Konzerte
des Opernorchesters des Bad. Landestheaters
unter der Leitung von **Fritz Cortolezis.**
I. Konzert im Landestheater
Mittwoch, 29. Oktober, abends ½8 Uhr.
Serenade für 13 Blasinstrumente in B-dur von **Mozart**, Neunte Sinfonie von **Beethoven**. — Soli: **Marie von Ernst, Marie Petzl-Demmer, Max Büttner, Carl Seydel.** Singchor des Landestheaters, Bachverein und eingelad. Damen und Herren.
Kleine Preise. **Parkett 4.50 M. usw.**

Handels-Hochschulkurse
Karlsruhe.
Vorlesung Dr. Stein fällt nicht aus.

Wir kaufen laufend von Herrenkleiderfabriken und Schneidergeschäften **neue Tuchleisten** (Tuchenden) jedes Quantum zur eigenen Fabrikation und bitten um Angebote. **Engelhardt & Rillpopp, Breitenbach** (Eichsfeld).

Kassenschrank
gebraucht, feuer- u. diebessicher, mit den Innenmaßen von 1,75×1,10 oder 2×1,30 m
sofort zu kaufen gesucht.
Offerten unter H 102 an die Exped. d. Karlsr. Ztg. erbeten.

Bürgermeister-Stelle.

Die Bürgermeisterstelle der Stadtgemeinde Hockenheim (8000 Einwohner) soll auf 1. Januar 1920 durch einen H.109

Berufsbürgermeister

besetzt werden.

Zur Amtsführung geeignete, im Gemeindeverwaltungsdienst erfahrene Herren wollen Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf und unter Angabe der Gehaltsansprüche, sowie der sonstigen Anstellungsbedingungen unter Anschluß von Zeugnissen mit der Aufschrift Bürgermeisterstelle bis spätestens 5. November ds. Js. bei uns einreichen.

Hockenheim, den 23. Oktober 1919.

Gemeinderat:
Klee. Lang.

Für meine Leihanstalt **suche** ich **Flügel und Pianinos** zu **kaufen** und erbitte Angebote.
Ludwig Schweisgut Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

Gestern hat sich ein **schwarzer Schnauzer** (Pfeffer u. Salz) **verlaufen.** Abzugeben gegen 200 bis 300 Mark Belohnung.
Freiherr von Göler Seminarstraße 15.

Wir haben auf 1. November d. Js. eine

Kanzleigehilfenstelle

mit der üblichen Vergütung zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Militäranwärter wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sofort hierher einreichen. (Für Verheiratete ist eine Wohnung zurzeit hier nicht erhältlich.) O.690

Pfullendorf, den 23. Oktober 1919.
Bezirksamt.

Noch ist es Zeit!
Da Aluminium enorm gestiegen ist, gebe ich nur noch bis zum 15. November diese
vier rein Aluminium - Kochtöpfe

Inhalt 4 3 2 1¾ Liter mit Deckel
zu Mark 65.— gegen Nachnahme.
(Bedingung ist, bei Bestellung dieses Inserat mitzusenden)
August Seuthe, **Holthausen** bei Plettenberg i. W. Herscheiderstraße.

Reichsprämienanleihe
Voranmeldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt das
Bankhaus Straus & Co.,
1 Friedrichsplatz 1
— Eingang Ritterstrasse —
Fernsprecher Nr. 30, 402, 506.

Sonder-Ausstellung
W. Meyerhuber
vom 24. bis 31. Oktober
Kunsthandlung *Gerber & Schawinsky* *Kaiserstrasse 221*

Bürgerliche Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

O.636.2. **Freiburg.** Rechtsagent **Richard Sinner** in Freiburg hat als Abwesenheitspfleger für Oberkellner **Franz Josef Lapp**, früher in Freiburg, jetzt an unbekannten Orten abwesend, vertreten durch Rechtsanwalt Bausch hier das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch zu Freiburg i. Br., Band 68, Heft 39 und 40, eingetragene Briefhypothek über 30 000 M. nebst 4½% Zins für Josef Lapp, Bahnbeamter in Hochfelden, lastend auf den Grundstücken Lagerbuch Nr. 496, 2 a 23 qm Hofreite mit Gebäulichkeiten, Löwenstraße Nr. 1 und Lagerbuch Nr. 497, 1 a 01 qm Hofreite mit Gebäulichkeiten, Riemensstraße Nr. 2, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf:

Montag, den 9. Februar 1920, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Holzmarktplatz 6 1. Stock, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Freiburg, 16. Okt. 1919.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

O.628.2. **Konstanz. Rudolf Matt**, Sergeant im Jägerbataillon in Konstanz, wohnhaft in Wollmatingen, Kläger, vertreten durch den Rechtsanwalt Spiegel in Konstanz klagt gegen seine jetzt an unbekanntem Orte sich aufhaltende, früher zu Lindau wohnhafte Ehefrau **Rosa Matt, geborene Hug**, unter der Behauptung, daß die seit Ende Dezember 1918 von ihm getrennt lebende Beklagte im Jahre 1917 sich des Ehebruchs schuldig gemacht habe, was dem Kläger erst Ende 1918 bekannt geworden sei, mit dem Antrage auf Scheidung der am 19. Mai 1916 in Konstanz geschlossenen Ehe wegen Verschuldens der Beklagten unter Verfällung derselben in die Kosten des Rechtsstreites.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Badischen Landgerichts Konstanz auf

Mittwoch, den 7. Januar 1920, vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Konstanz am Bodensee, 20. Oktober 1919.

Der Gerichtsschreiber des Badischen Landgerichts.

O.693.2.1 **Mannheim.** Schlosser **Ludwig Natzel** in Mannheim, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Karl und Dr. Rudolf Eder daselbst, klagt gegen seine Ehefrau **Katharina Natzel geb. Bopp**, zuletzt in Mannheim, jetzt unbekannten Aufenthalts, auf Grund der §§ 1565, 1568 BGB. auf Scheidung der am 15. Januar 1910 in Mannheim geschlossenen Ehe u. ladet sie zur mündlichen Verhandlung vor die 5. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf

den 5. Dezember 1919, vormittags 9½ Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 23. Okt. 1919.

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

O.651 **Mannheim.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Möbelhändlers **Josef Steinbock** in Mannheim ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin anberaumt auf

Donnerstag, den 13. November 1919, vormittags 11½ Uhr,

vor dem Amtsgericht hier II. Stock, Zimmer 114.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Mannheim, den 22. Oktober 1919.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Abt. 3 9.

Aufgebot.

O.691.2.1 **Gernsbach.** Der Schmied **Emil Dieterle** in Forbach als Abwesenheitspfleger hat beantragt, die verschollenen:

1. **Kasimir Wunsch** von Forbach, geboren ebenda am 4. 3. 1804,
2. dessen Ehefrau **Katharina geb. Fritz**,
3. **Johannes Wunsch** von Forbach, geboren ebenda am 26. 6. 1836,
4. **Berta Wunsch** von Forbach, geboren am 14. 7. 1840 ebenda,
5. **Stefanie Wunsch** von Forbach, geboren ebenda am 28. 8. 1846, alle zuletzt wohnhaft in Forbach,

für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Montag, den 5. Juli 1920, vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht in Zimmer 1 anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Gernsbach, 22. Okt. 1919.

Bad. Amtsgericht.

Versch. Bekanntmachungen

Langholz-Submission.

Die **Gemeinde Büchenbronn**, Amt Pforzheim, verkauft aus dem Gemeindewald: H.115.2.1

Stämme Tanne u. Fichte

I. Klasse: 69 Stück, mit zusammen 196,94 Fstm.

II. Klasse: 156 Stück, mit zusammen 262,57 Fstm.

III. Klasse: 224 Stück, mit zusammen 233,37 Fstm.

IV. Klasse: 147 Stück, mit zusammen 88,34 Fstm.

V. Klasse: 101 Stück, mit zusammen 45,12 Fstm.

VI. Klasse: 3 Stück, mit zusammen 0,63 Fstm.

Abschnitte Tanne u. Fichte

I. Klasse: 45 Stück, mit zusammen 60,37 Fstm.

II. Klasse: 102 Stück, mit zusammen 82,61 Fstm.

III. Klasse: 45 Stück, mit zusammen 17,87 Fstm.

Eichen.

1 Stück II. Klasse mit 0,64 Fstm.

5 Stück IV. Klasse mit zusammen 4,92 Fstm.

Die Angebote — in Prozenten der Richtpreise — sind bis spätestens **Mittwoch, den 5. November 1919, nachmittags 6 Uhr,** an den Gemeinderat einzureichen. Die Eröffnung findet um 7 Uhr statt. Die näheren Bedingungen liegen beim Gemeinderat zur Einsicht auf. Die Einreichung eines Angebots gilt als Annahme der Verkaufsbedingungen.

Forstwarte Volkert und Schucker zeigen das Holz vor und fertigen Listenauszüge.

Büchenbronn, den 25. Oktober 1919.

Der Gemeinderat.